

LATEINAMERIKA

Wasser für Acapulco



"Sie werden uns den Fluss austrocknen": Facundo Hernández und seine MitstreiterInnen sind gegen ein geplantes Wasserkraftwerk im Süden Mexikos aktiv. (Foto: Kris Gebhardt)

Während auf dem Weltwasserforum in Mexiko-City die Kommerzialisierung des knappen Gutes vorangetrieben wurde, versuchten kritische Initiativen, die negativen Auswirkungen anzuprangern. Dabei haben sie alle Hände voll zu tun, wie unsere Reportage aus Mexiko zeigt.

Schon am frühen Vormittag sticht die Sonne am Rio Papagayo unerträglich. Eine Horde kleiner Jungen flüchtet sich ins kühle Nass, einige Kühe stehen am Ufer und trinken. Ein alter Mann legt mit seinem Holzkahn an. Wer nicht mit dem Boot übersetzen will, bleibt lieber im Schatten sitzen, unter den Kokospalmen oder Mangobäumen, die das Land entlang des Rio Papagayo in ein grünes Paradies verwandeln.

Seit fünf Monaten hat es hier im Süden des mexikanischen Bundesstaates Guerrero keinen Tropfen mehr geregnet, und die Regenzeit beginnt frühestens Ende Mai. Doch mit Trockenheit und Hitze haben die Menschen in der Gemeinde Aguas Calientes zu leben gelernt. Der Fluss bringt sie über die dünnen Monate. "Wasser bedeutet für uns Leben", sagt Carmela Cevalles. Der Rio Papagayo sorgt für den guten Boden, auf dem fast alles gedeiht: Mais, Bohnen, Kürbis, Chili, Tomaten, Bananen, Papaya, Wassermelonen.

Doch damit könnte bald Schluss sein. Einige Kilometer flussaufwärts soll das Wasserkraftwerk La Parota entstehen. Ein Megaprojekt, wie die mexikanische Nationale Energiekommission (CFE) informiert. Über 17.000 Hektar Boden soll überschwemmt werden, rund 25.000 Menschen müssten ihr Land verlassen. Vor drei Jahren kamen die Mitarbeiter der Behörde aus Mexiko-Stadt, um über das Vorhaben zu informieren. Seither gibt es in Aguas Calientes kein anderes Thema mehr. "Sie werden uns den Fluss austrocknen", befürchtet Facundo Hernández aus der Gemeinde

Cacahuatepec. "Uns wird gerade noch ein Rinnsal bleiben, die Pflanzen werden vertrocknen."

Über 70 Prozent der Menschen dieser Region lebt von der kleinbäuerlichen Wirtschaft. Viele sind verunsichert. Droht nun die Flucht in den nahegelegenen Touristenbadeort Acapulco, wo schon heute Hunderttausende als billige Arbeitskräfte ein elendes Dasein fristen? Oder sollen sie gleich gen Norden ziehen, nach Arizona, Kalifornien oder Texas? Eine Perspektive jenseits der Bewirtschaftung ihrer kleinen Scholle gibt es für die meisten nicht. "Wir sind Bauern, wir haben nicht gelernt, mit einem Computer umzugehen. Leider haben unsere Eltern kein Geld gehabt, um uns eine höhere Bildung zu finanzieren", sagt Rafael Cortes. Auch er lebt in Cacahuatepec. Wasser gibt es hier nur in Sparrationen, jeder Tropfen muss vom Rio Papagayo hochgetragen werden. Das bedeutet eine gute halbe Stunde Fußweg. Sollte der Fluss versiegen, ist selbst diese Quelle dahin.

Staudamm-Gegner machen mobil

Für Cortes, Hernández und Cevalles steht außer Frage, dass das Kraftwerk verhindert werden muss. Sie sind in der Initiative gegen den Staudamm beteiligt. Die Gruppe mit dem Namen "Cecop" hat sich ihren Treffpunkt in der Küche einer im Kampf aktiven Familie geschaffen. Während die einen über anstehende Aufgaben diskutieren, kneten junge Frauen Teig, um Tortillafladen zu backen. Auf dem Boden stehen große Holztöpfe, in denen Mais gewässert

wird. An der Wand wirbt ein Plakat für die Zapatisten aus dem Bundesstaat Chiapas.

An dem Treffen nehmen Staudammgegner aus den 35 Gemeinden teil. Das Kraftwerk werde nur für die Tourismusindustrie in Acapulco gebraucht, sagen sie. Die Energiekommission selbst schreibe, dass mit dem Projekt die Stromversorgung für die Urlauberstadt auf 40 Jahre garantiert sei. Zudem soll La Parota einer der größten Elektrizitätslieferanten Mexikos werden, wirbt die CFE gegenüber internationalen Investoren. Mehrere Tausend Arbeitsplätze würden geschaffen. Nichts als Lügen, meint Bauer Hernández. "Solange gebaut wird, brauchen sie Arbeiter. Danach werfen sie uns einfach raus."

Im Cecop-Büro steht viel Arbeit an: Juristische Klagen müssen formuliert, Blockaden organisiert und die Fahrt zum Wassertribunal nach Mexiko-Stadt muss vorbereitet werden. Selbst Vertreter aus Dos Arroyos, Garapatas und Los Guajes sind gekommen. Diese Dörfer sollen komplett durch den Stausee überschwemmt werden. Bereits im Oktober will die CFE fluten lassen. Aber was passiert mit den Bewohnern? Bisher wisse man nicht, wohin die Bevölkerung umgesiedelt werden soll, sagt Felipe Flores aus Garapatas. Irgendwo, ein paar Gemeinden weiter, hat die Energiekommission ein Musterhaus aufstellen lassen: brauner Steinbau, großes Wohnzimmer, drei kleinere Räume, modernes Outfit. Doch keiner hier glaubt, dass die Tausenden von betroffenen Familien ernsthaft ein solches Haus bekommen sollen. "Sie haben uns angeboten, 70 bis 90 Cen-

tavos für jeden Quadratmeter Boden zu zahlen, den wir aufgeben", erklärt Flores und ärgert sich schon, wenn er daran denkt. "Das ist doch der Hohn. Wir haben unseren Boden nie zum Verkauf angeboten, und man kann schlecht etwas kaufen, was nicht verkauft wird."

Ein großer Teil des Bodens ist Gemeindeland. Die Regierung könnte es einfach enteignen. Dennoch organisierte man Umfragen in den Dörfern. Schließlich legen internationale Verträge nahe, dass die von Megaprojekten betroffene Bevölkerung vorab konsultiert wird. "Die Regierung versucht so, den Staudamm zu legitimieren", erklärt Rechtsanwalt Vidulfo Rosales vom Menschenrechtszentrum Tlachinollan. "Aber nur ein Teil der Bevölkerung darf mit entscheiden. In Cacahuatepec zum Beispiel leben 20.000 Menschen. 7.000 haben das Recht abzustimmen, und von diesen stimmen 873 für das Projekt." Stimmen darf nur, wer ein Recht auf Entschädigung hat.

Solche Ungereimtheiten haben das Zusammenleben am Rio Papagayo schwer beeinträchtigt. Immer wieder prügeln sich Staudammgegner und Befürworter, die mit einer Entschädigungszahlung einverstanden sind. Schlägereien im Alkoholverbrauch, Übergriffe auf der Straße. Drei Menschen sind schon gestorben. Um das Leben eines Cecop-Aktivisten zu schützen, hat Amnesty International im Januar sogar zu einer "Urgent Action" aufgerufen. An all dem sei die CFE schuld, meint Julian Cisneros aus der Gemeinde Dos Arroyos. Man könne nicht einmal mehr auf ein Dorffest gehen, ohne dass das Thema zu Problemen führe.

Wassermultis auf der Anklagebank

Für Cisneros ist der Weg nach Hause weit. Gute 40 Kilometer sind es vom "Küchenbüro" in Aguas Calientes nach Dos Arroyos. Auf dieser Straße soll auch das Baumaterial für die Staumauer transportiert werden. Doch wenige Meter vor den ersten Häusern des Dorfes stellt ein Transparent klar: "Durchfahrt verboten für alle Regierungsvertreter, die Nationale Energiekommission und andere Beauftragte, die das Volk verraten." Steine und ein Baumstamm versperren den Weg, ein Drahtseil hängt lose über die Straße. Am Straßenrand sitzen mehrere Frauen und Männer, jedes Auto wird genau begutachtet. "Wir sind Tag und Nacht hier, damit sie uns nicht unser Land nehmen", sagt Otilia Castillo. Dann zeigt sie auf Macheten und Steinschleudern, die auf dem Boden liegen. "Normalerweise jagen wir damit Tauben und Leguane, aber jetzt geht es ums Ganze."

Doch zunächst stehen friedlichere Kämpfe an. Vergangenen Donnerstag reisten die Staudammgegner nach Mexiko-Stadt. Dort nahmen sie an einer Demonstration gegen das 4. Weltwasserforum teil, um gegen die unge-

rechte Verteilung des Wasservorkommen und die Privatisierung des knappen Gutes zu protestieren. Vor allem aber stand eines auf dem Programm: die Teilnahme am Lateinamerikanischen Wassertribunal.

Das Schiedsgericht war neben einem Alternativen Wasserforum, Konzerten, Ausstellungen und interreligiösen Zeremonien eine der Veranstaltungen, mit denen Kritiker gegen das Weltwasserforum mobil machten. Schließlich diene das Treffen von Experten, Industriellen und Politikern lediglich dazu, die Kommerzialisierung des Wassers weltweit voranzubringen. Das alternative Schiedsgericht erfülle einen gegenteiligen Zweck, erklärte Silke Helfrich vom Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Mexiko. "Paradigmatische Konfliktfälle rund ums Wasser werden von einer internationalen Jury mit Blick auf Menschenrechte und den Erhalt natürlicher Ressourcen abgeklopft", so die Vertreterin der deutschen Grünen nahestehenden Stiftung. Das Tribunal hat keine rechtswirksame Konsequenzen. Dennoch erhofft sich Helfrich, "dass künftig ethisch begründete Beschlüsse wie die des Schiedsgerichts in die juristische Urteilsfindung einfließen".

Insgesamt 14 Fälle behandelten die alternativen Richter. Neben den Bauern vom Rio Papagayo kamen etwa Umweltschützer aus Chile oder Bergbaukritiker aus Zentralamerika zu Wort. Auch Aktivisten aus dem bolivianischen El Alto waren angereist. Sie sprachen über ihren Kampf gegen internationale Unternehmen, die den Wasservorrat des Andenlandes kontrollieren. Auf der virtuellen Anklagebank saßen Wassermultis, Regierungen oder Industrielle, die ihre hochgiftigen Abfälle in Flüssen entsorgen.

Mehrere Tage berieten die sieben Juristinnen und Juristen, um am Montag ihre Urteile kund zu tun. Die Tendenz war eindeutig: Megaprojekte müssen neu überprüft, die Bevölkerung einbezogen und Regierungen für ihre umweltfeindliche Politik im Interesse großer Unternehmen zur Rechenschaft gezogen werden. Auch im Fall La Parota ließ die Jury keine Zweifel: "Das Kraftwerksprojekt muss vorerst gestoppt werden." Bislang sei nicht zu erkennen, dass dieses Vorhaben der einheimischen Bevölkerung und dem Schutz der natürlichen Ressourcen zugute komme. "Eine sehr wichtige Entscheidung gegen die Energiekommission", reagierte Cecop-Sprecher Marco Antonio Suástegui. Ob die Regierung den Vorschlag zur Kenntnis nehmen wird? Das Gastgeberland des Weltwasserforums reagierte jedenfalls mit keinem Wort auf die zahlreichen Vorwürfe, die das Tribunal gegen Mexikos Regierung vorgebracht hatte.

Wolf-Dieter Vogel

Wolf-Dieter Vogel ist freier Journalist und lebt in Mexiko-Stadt.